



WISSEN,
DAS ANKOMMT.

Leseprobe zum Download



Liebe Besucherinnen und Besucher unserer Homepage,

tagtäglich müssen Sie wichtige Entscheidungen treffen, Mitarbeiter führen oder sich technischen Herausforderungen stellen. Dazu brauchen Sie verlässliche Informationen, direkt einsetzbare Arbeitshilfen und Tipps aus der Praxis.

Es ist unser Ziel, Ihnen genau das zu liefern. Dafür steht seit mehr als 25 Jahren die FORUM VERLAG HERKERT GMBH.

Zusammen mit Fachexperten und Praktikern entwickeln wir unser Portfolio ständig weiter, basierend auf Ihren speziellen Bedürfnissen.

Überzeugen Sie sich selbst von der Aktualität und vom hohen Praxisnutzen unseres Angebots.

Falls Sie noch nähere Informationen wünschen oder gleich über die Homepage bestellen möchten, klicken Sie einfach auf den Button „In den Warenkorb“ oder wenden sich bitte direkt an:

FORUM VERLAG HERKERT GMBH

Mandichostr. 18

86504 Merching

Telefon: 08233 / 381-123

Telefax: 08233 / 381-222

E-Mail: service@forum-verlag.com

www.forum-verlag.com

Textausgabe

- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
- Arbeitsgerichtsgesetz (Auszug)
- Arbeitszeitgesetz
- Bürgerliches Gesetzbuch (Auszug)
- Jugendarbeitsschutzgesetz
- Gesetz über den Ladenschluss
- Mutterschutzgesetz
- Arbeitsschutzgesetz
- Arbeitsstättenverordnung
- Betriebssicherheitsverordnung (Auszug)
- Bundesdatenschutzgesetz
- Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
- Bundesurlaubsgesetz
- Entgeltfortzahlungsgesetz
- Familienpflegezeitgesetz
- Gefahrstoffverordnung (Auszug)
- Geschäftsgeheimnisschutzgesetz
- Hinweisgeberschutzgesetz
- Kinderarbeitsschutzverordnung
- Kündigungsschutzgesetz
- Mindestlohngesetz
- Nachweisgesetz
- Pflegezeitgesetz
- Sozialgesetzbuch Siebtes Buch (Auszug)
- Sozialgesetzbuch Neuntes Buch (Auszug)
- Strafgesetzbuch (Auszug)
- Teilzeit- und Befristungsgesetz
- Verordnung über den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen
- Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (Auszug)

**Aushangpflichtige Gesetze und
weitere wichtige Vorschriften**

28. aktualisierte Neuauflage



Inhalt

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz – AGG

Abschnitt 1 – Allgemeiner Teil	28
§ 1 Ziel des Gesetzes	28
§ 2 Anwendungsbereich	28
§ 3 Begriffsbestimmungen	28
§ 4 Unterschiedliche Behandlung wegen mehrerer Gründe	29
§ 5 Positive Maßnahmen	29
Abschnitt 2 – Schutz der Beschäftigten vor Benachteiligung	29
Unterabschnitt 1 – Verbot der Benachteiligung	29
§ 6 Persönlicher Anwendungsbereich	29
§ 7 Benachteiligungsverbot	30
§ 8 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen beruflicher Anforderungen	30
§ 9 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder Weltanschauung	30
§ 10 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen des Alters	30
Unterabschnitt 2 – Organisationspflichten des Arbeitgebers	31
§ 11 Ausschreibung	31
§ 12 Maßnahmen und Pflichten des Arbeitgebers	31
Unterabschnitt 3 – Rechte der Beschäftigten	32
§ 13 Beschwerderecht	32
§ 14 Leistungsverweigerungsrecht	32
§ 15 Entschädigung und Schadensersatz	32
§ 16 Maßregelungsverbot	32
Unterabschnitt 4 – Ergänzende Vorschriften	33
§ 17 Soziale Verantwortung der Beteiligten	33
§ 18 Mitgliedschaft in Vereinigungen	33
Abschnitt 3 – Schutz vor Benachteiligung im Zivilrechtsverkehr	33
§ 19 Zivilrechtliches Benachteiligungsverbot	33
§ 20 Zulässige unterschiedliche Behandlung	34
§ 21 Ansprüche	34
Abschnitt 4 – Rechtsschutz	35
§ 22 Beweislast	35
§ 23 Unterstützung durch Antidiskriminierungsverbände	35
Abschnitt 5 – Sonderregelungen für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	35
§ 24 Sonderregelung für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	35
Abschnitt 6 – Antidiskriminierungsstelle des Bundes und Unabhängige Bundesbeauftragte oder Unabhängiger Bundesbeauftragter für Antidiskriminierung	35
§ 25 Antidiskriminierungsstelle des Bundes	35
§ 26 Wahl der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung; Anforderungen	36
§ 26a Rechtsstellung der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	36
§ 26b Amtszeit der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	36
§ 26c Beginn und Ende des Amtsverhältnisses der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung; Amtseid	36
§ 26d Unerlaubte Handlungen und Tätigkeiten der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	37
§ 26e Verschwiegenheitspflicht der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	37
§ 26f Zeugnisverweigerungsrecht der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	38

Inhalt

§ 26g	Anspruch der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung auf Amtsbezüge, Versorgung und auf andere Leistungen	38
§ 26h	Verwendung der Geschenke an die Unabhängige Bundesbeauftragte oder den Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	39
§ 26i	Berufsbeschränkung	39
§ 27	Aufgaben der Antidiskriminierungsstelle des Bundes	39
§ 28	Amtsbefugnisse der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung und Pflicht zur Unterstützung durch Bundesbehörden und öffentliche Stellen des Bundes	40
§ 29	Zusammenarbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit Nichtregierungsorganisationen und anderen Einrichtungen	40
§ 30	Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes	40
Abschnitt 7 – Schlussvorschriften		41
§ 31	Unabdingbarkeit	41
§ 32	Schlussbestimmung	41
§ 33	Übergangsbestimmungen	41

Arbeitsgerichtsgesetz (Auszug) – ArbGG

§ 61b	Klage wegen Benachteiligung	44
-------	-----------------------------------	----

Arbeitszeitgesetz – ArbZG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		46
§ 1	Zweck des Gesetzes	46
§ 2	Begriffsbestimmungen	46
Zweiter Abschnitt – Werktägliche Arbeitszeit und arbeitsfreie Zeiten		46
§ 3	Arbeitszeit der Arbeitnehmer	46
§ 4	Ruhepausen	46
§ 5	Ruhezeit	46
§ 6	Nacht- und Schichtarbeit	47
§ 7	Abweichende Regelungen	47
§ 8	Gefährliche Arbeiten	49
Dritter Abschnitt – Sonn- und Feiertagsruhe		49
§ 9	Sonn- und Feiertagsruhe	49
§ 10	Sonn- und Feiertagsbeschäftigung	49
§ 11	Ausgleich für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung	51
§ 12	Abweichende Regelungen	51
§ 13	Ermächtigung, Anordnung, Bewilligung	51
Vierter Abschnitt – Ausnahmen in besonderen Fällen		52
§ 14	Außergewöhnliche Fälle	52
§ 15	Bewilligung, Ermächtigung	53
Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes		54
§ 16	Aushang und Arbeitszeitanzeige	54
§ 17	Aufsichtsbehörde	54
Sechster Abschnitt – Sonderregelungen		55
§ 18	Nichtanwendung des Gesetzes	55
§ 19	Beschäftigung im öffentlichen Dienst	55
§ 20	Beschäftigung in der Luftfahrt	55
§ 21	Beschäftigung in der Binnenschifffahrt	55
§ 21a	Beschäftigung im Straßentransport	56
Siebter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften		57
§ 22	Bußgeldvorschriften	57

§ 23	Strafvorschriften	57
Achter Abschnitt – Schlussvorschriften		57
§ 24	Umsetzung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Rechtsakten der EG	57
§ 25	Übergangsvorschriften für Tarifverträge	57

Bürgerliches Gesetzbuch (Auszug) – BGB

§ 611a	Arbeitsvertrag	60
§ 612	Vergütung	60
§ 612a	Maßregelungsverbot	60

Jugendarbeitsschutzgesetz – JArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		62
§ 1	Geltungsbereich	62
§ 2	Kind, Jugendlicher	62
§ 3	Arbeitgeber	62
§ 4	Arbeitszeit	62
Zweiter Abschnitt – Beschäftigung von Kindern		62
§ 5	Verbot der Beschäftigung von Kindern	62
§ 6	Behördliche Ausnahmen für Veranstaltungen	63
§ 7	Beschäftigung von nicht vollzeitschulpflichtigen Kindern	64
Dritter Abschnitt – Beschäftigung Jugendlicher		64
Erster Titel – Arbeitszeit und Freizeit		64
§ 8	Dauer der Arbeitszeit	64
§ 9	Berufsschule	64
§ 10	Prüfungen und außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen	65
§ 11	Ruhepausen, Aufenthaltsräume	65
§ 12	Schichtzeit	65
§ 13	Tägliche Freizeit	65
§ 14	Nachtruhe	65
§ 15	Fünf-Tage-Woche	66
§ 16	Samstagsruhe	66
§ 17	Sonntagsruhe	67
§ 18	Feiertagsruhe	67
§ 19	Urlaub	67
§ 20	Binnenschifffahrt	68
§ 21	Ausnahmen in besonderen Fällen	68
§ 21a	Abweichende Regelungen	69
§ 21b	Ermächtigung	69
Zweiter Titel – Beschäftigungsverbote und -beschränkungen		69
§ 22	Gefährliche Arbeiten	69
§ 23	Akkordarbeit, tempoabhängige Arbeiten	70
§ 24	Arbeiten unter Tage	70
§ 25	Verbot der Beschäftigung durch bestimmte Personen	71
§ 26	Ermächtigungen	71
§ 27	Behördliche Anordnungen und Ausnahmen	71
Dritter Titel – Sonstige Pflichten des Arbeitgebers		72
§ 28	Menschengerechte Gestaltung der Arbeit	72
§ 28a	Beurteilung der Arbeitsbedingungen	72
§ 29	Unterweisung über Gefahren	72
§ 30	Häusliche Gemeinschaft	73
§ 31	Züchtigungsverbot; Verbot der Abgabe von Alkohol und Tabak	73

Inhalt

Vierter Titel – Gesundheitliche Betreuung.....	73
§ 32 Erstuntersuchung	73
§ 33 Erste Nachuntersuchung	73
§ 34 Weitere Nachuntersuchungen	74
§ 35 Außerordentliche Nachuntersuchung.....	74
§ 36 Ärztliche Untersuchungen und Wechsel des Arbeitgebers.....	74
§ 37 Inhalt und Durchführung der ärztlichen Untersuchungen	74
§ 38 Ergänzungsuntersuchung	74
§ 39 Mitteilung, Bescheinigung	74
§ 40 Bescheinigung mit Gefährdungsvermerk	75
§ 41 Aufbewahren der ärztlichen Bescheinigungen.....	75
§ 42 Eingreifen der Aufsichtsbehörde	75
§ 43 Freistellung für Untersuchungen	75
§ 44 Kosten der Untersuchungen.....	75
§ 45 Gegenseitige Unterrichtung der Ärzte.....	75
§ 46 Ermächtigungen	75
Vierter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes	76
Erster Titel – Aushänge und Verzeichnisse	76
§ 47 Bekanntgabe des Gesetzes und der Aufsichtsbehörde	76
§ 48 Aushang über Arbeitszeit und Pausen	76
§ 49 Verzeichnisse der Jugendlichen	76
§ 50 Auskunft; Vorlage der Verzeichnisse.....	76
Zweiter Titel – Aufsicht.....	77
§ 51 Aufsichtsbehörde; Besichtigungsrechte und Berichtspflicht	77
§ 52 (weggefallen)	77
§ 53 Mitteilung über Verstöße	77
§ 54 Ausnahmebewilligungen	77
Dritter Titel – Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz.....	77
§ 55 Bildung des Landesausschusses für Jugendarbeitsschutz.....	77
§ 56 Bildung des Ausschusses für Jugendarbeitsschutz bei der Aufsichtsbehörde.....	78
§ 57 Aufgaben der Ausschüsse	78
Fünfter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften	79
§ 58 Bußgeld- und Strafvorschriften	79
§ 59 Bußgeldvorschriften	81
§ 60 Verwaltungsvorschriften für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	81
Sechster Abschnitt – Schlussvorschriften	81
§ 61 Beschäftigung von Jugendlichen auf Kauffahrteischiffen.....	81
§ 62 Beschäftigung im Vollzug einer Freiheitsentziehung.....	82
§§ 63–70 (weggefallen)	82
§ 71 (aufgehoben)	82
§ 72 Inkrafttreten.....	82

Ladenschlussgesetz – LadSchlG

Erster Abschnitt – Begriffsbestimmungen	84
§ 1 Verkaufsstellen	84
§ 2 Begriffsbestimmungen.....	84
Zweiter Abschnitt – Ladenschlusszeiten	84
§ 3 Allgemeine Ladenschlusszeiten	84
§ 4 Apotheken	84
§ 5 Zeitungen und Zeitschriften.....	84
§ 6 Tankstellen	85

§ 7	(weggefallen)	85
§ 8	Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen	85
§ 9	Verkaufsstellen auf Flughäfen und in Fährhäfen.....	85
§ 10	Kur- und Erholungsorte.....	86
§ 11	Verkauf in ländlichen Gebieten an Sonntagen.....	86
§ 12	Verkauf bestimmter Waren an Sonntagen	86
§ 13	(weggefallen)	86
§ 14	Weitere Verkaufssonntage	86
§ 15	Sonntagsverkauf am 24. Dezember	87
§ 16	(weggefallen)	87
Dritter Abschnitt – Besonderer Schutz der Arbeitnehmer		87
§ 17	Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen.....	87
Vierter Abschnitt – Bestimmungen für einzelne Gewerbebezüge und für den Marktverkehr		88
§§ 18 und 18a	(weggefallen).....	88
§ 19	Marktverkehr	88
§ 20	Sonstiges gewerbliches Feilhalten	88
Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes		89
§ 21	Auslage des Gesetzes, Verzeichnisse	89
§ 22	Aufsicht und Auskunft.....	89
§ 23	Ausnahmen im öffentlichen Interesse.....	89
Sechster Abschnitt – Straftaten und Ordnungswidrigkeiten		90
§ 24	Ordnungswidrigkeiten	90
§ 25	Straftaten	90
§ 26	(weggefallen)	90
Siebenter Abschnitt – Schlussbestimmungen		91
§ 27	Vorbehalt für die Landesgesetzgebung	91
§ 28	Bestimmung der zuständigen Behörden	91
§§ 29 und 30	(weggefallen)	91
§ 31	(Inkrafttreten, Außerkrafttreten)	91

Mutterschutzgesetz – MuSchG

Abschnitt 1 – Allgemeine Vorschriften		94
§ 1	Anwendungsbereich, Ziel des Mutterschutzes.....	94
§ 2	Begriffsbestimmungen.....	94
Abschnitt 2 – Gesundheitsschutz		95
Unterabschnitt 1 – Arbeitszeitlicher Gesundheitsschutz		95
§ 3	Schutzfristen vor und nach der Entbindung	95
§ 4	Verbot der Mehrarbeit; Ruhezeit	96
§ 5	Verbot der Nacharbeit.....	96
§ 6	Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit	97
§ 7	Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen.....	97
§ 8	Beschränkung von Heimarbeit	97
Unterabschnitt 2 – Betrieblicher Gesundheitsschutz		98
§ 9	Gestaltung der Arbeitsbedingungen; unverantwortbare Gefährdung	98
§ 10	Beurteilung der Arbeitsbedingungen; Schutzmaßnahmen	99
§ 11	Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für schwangere Frauen	99
§ 12	Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für stillende Frauen	101
§ 13	Rangfolge der Schutzmaßnahmen: Umgestaltung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzwechsel und betriebliches Beschäftigungsverbot	102
§ 14	Dokumentation und Information durch den Arbeitgeber	103
§ 15	Mitteilungen und Nachweise der schwangeren und stillenden Frauen	103

Inhalt

Unterabschnitt 3 – Ärztlicher Gesundheitsschutz	103
§ 16 Ärztliches Beschäftigungsverbot	103
Abschnitt 3 – Kündigungsschutz	103
§ 17 Kündigungsverbot	103
Abschnitt 4 – Leistungen	104
§ 18 Mutterschutzlohn	104
§ 19 Mutterschaftsgeld	104
§ 20 Zuschuss zum Mutterschaftsgeld	105
§ 21 Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts	105
§ 22 Leistungen während der Elternzeit	106
§ 23 Entgelt bei Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen	106
§ 24 Fortbestehen des Erholungsurlaubs bei Beschäftigungsverboten	106
§ 25 Beschäftigung nach dem Ende des Beschäftigungsverbots	106
Abschnitt 5 – Durchführung des Gesetzes	106
§ 26 Aushang des Gesetzes	106
§ 27 Mitteilungs- und Aufbewahrungspflichten des Arbeitgebers, Offenbarungsverbot der mit der Überwachung beauftragten Personen	106
§ 28 Behördliches Genehmigungsverfahren für eine Beschäftigung zwischen 20 Uhr und 22 Uhr	107
§ 29 Zuständigkeit und Befugnisse der Aufsichtsbehörden, Jahresbericht	108
§ 30 Ausschuss für Mutterschutz	109
§ 31 Erlass von Rechtsverordnungen	110
Abschnitt 6 – Bußgeldvorschriften, Strafvorschriften	110
§ 32 Bußgeldvorschriften	110
§ 33 Strafvorschriften	111
Abschnitt 7 – Schlussvorschriften	111
§ 34 Evaluationsbericht	111

Arbeitsschutzgesetz – ArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften	114
§ 1 Zielsetzung und Anwendungsbereich	114
§ 2 Begriffsbestimmungen	114
Zweiter Abschnitt – Pflichten des Arbeitgebers	114
§ 3 Grundpflichten des Arbeitgebers	114
§ 4 Allgemeine Grundsätze	115
§ 5 Beurteilung der Arbeitsbedingungen	115
§ 6 Dokumentation	115
§ 7 Übertragung von Aufgaben	116
§ 8 Zusammenarbeit mehrerer Arbeitgeber	116
§ 9 Besondere Gefahren	116
§ 10 Erste Hilfe und sonstige Notfallmaßnahmen	116
§ 11 Arbeitsmedizinische Vorsorge	117
§ 12 Unterweisung	117
§ 13 Verantwortliche Personen	117
§ 14 Unterrichtung und Anhörung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes	118
Dritter Abschnitt – Pflichten und Rechte der Beschäftigten	118
§ 15 Pflichten der Beschäftigten	118
§ 16 Besondere Unterstützungspflichten	118
§ 17 Rechte der Beschäftigten	118
Vierter Abschnitt – Verordnungsermächtigungen	119
§ 18 Verordnungsermächtigungen	119
§ 19 Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften und zwischenstaatliche Vereinbarungen	119

§ 20	Regelungen für den öffentlichen Dienst.....	120
Fünfter Abschnitt – Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie		120
§ 20a	Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie	120
§ 20b	Nationale Arbeitsschutzkonferenz	121
Sechster Abschnitt – Schlußvorschriften		121
§ 21	Zuständige Behörden, Zusammenwirken mit den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung.....	121
§ 22	Befugnisse der zuständigen Behörden	123
§ 23	Betriebliche Daten, Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Jahresbericht, Bundesfachstelle.....	124
§ 24	Ermächtigung zum Erlaß von allgemeinen Verwaltungsvorschriften	125
§ 24a	Ausschuss für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit.....	125
§ 25	Bußgeldvorschriften.....	126
§ 26	Strafvorschriften.....	126

Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV

§ 1	Ziel, Anwendungsbereich	130
§ 2	Begriffsbestimmungen	130
§ 3	Gefährdungsbeurteilung.....	132
§ 3a	Einrichten und Betreiben von Arbeitsstätten	132
§ 4	Besondere Anforderungen an das Betreiben von Arbeitsstätten	133
§ 5	Nichtraucherschutz.....	133
§ 6	Unterweisung der Beschäftigten.....	134
§ 7	Ausschuss für Arbeitsstätten	134
§ 8	Übergangsvorschriften.....	135
§ 9	Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	135
Anhang	136

Betriebssicherheitsverordnung (Auszug) – BetrSichV

Abschnitt 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen		152
§ 1	Anwendungsbereich und Zielsetzung.....	152
§ 2	Begriffsbestimmungen	152
Abschnitt 2 – Gefährdungsbeurteilung und Schutzmaßnahmen		153
§ 3	Gefährdungsbeurteilung.....	153
§ 4	Grundpflichten des Arbeitgebers	155
§ 5	Anforderungen an die zur Verfügung gestellten Arbeitsmittel.....	156
§ 6	Grundlegende Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....	157
§ 7	Vereinfachte Vorgehensweise bei der Verwendung von Arbeitsmitteln	157
§ 8	Schutzmaßnahmen bei Gefährdungen durch Energien, Ingangsetzen und Stillsetzen	158
§ 9	Weitere Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln	159
§ 10	Instandhaltung und Änderung von Arbeitsmitteln	160
§ 11	Besondere Betriebszustände, Betriebsstörungen und Unfälle.....	161
§ 12	Unterweisung und besondere Beauftragung von Beschäftigten	162
§ 13	Zusammenarbeit verschiedener Arbeitgeber	163
§ 14	Prüfung von Arbeitsmitteln	163
Abschnitt 3 – Zusätzliche Vorschriften für überwachungsbedürftige Anlagen.....		164
§ 15	Prüfung vor Inbetriebnahme und vor Wiederinbetriebnahme nach prüfpflichtigen Änderungen	164
§ 16	Wiederkehrende Prüfung.....	165
§ 17	Prüfaufzeichnungen und -bescheinigungen.....	165
§ 18	Erlaubnispflicht	166
Abschnitt 4 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Betriebssicherheit.....		168
§ 19	Mitteilungspflichten, behördliche Ausnahmen	168
§ 20	Sonderbestimmungen für überwachungsbedürftige Anlagen des Bundes	169
§ 21	Ausschuss für Betriebssicherheit	169

Inhalt

Abschnitt 5 – Ordnungswidrigkeiten und Straftaten, Schlussvorschriften	170
§ 22 Ordnungswidrigkeiten	170
§ 23 Straftaten.....	172
§ 24 Übergangsvorschriften.....	172

Bundesdatenschutzgesetz – BDSG

Teil 1 – Gemeinsame Bestimmungen	176
Kapitel 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	176
§ 1 Anwendungsbereich des Gesetzes	176
§ 2 Begriffsbestimmungen	177
Kapitel 2 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten	177
§ 3 Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen	177
§ 4 Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume	177
Kapitel 3 – Datenschutzbeauftragte öffentlicher Stellen.....	178
§ 5 Benennung	178
§ 6 Stellung.....	178
§ 7 Aufgaben.....	179
Kapitel 4 – Die oder der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.....	180
§ 8 Errichtung	180
§ 9 Zuständigkeit.....	180
§ 10 Unabhängigkeit	180
§ 11 Ernennung und Amtszeit	180
§ 12 Amtsverhältnis.....	181
§ 13 Rechte und Pflichten.....	182
§ 14 Aufgaben.....	183
§ 15 Tätigkeitsbericht.....	184
§ 16 Befugnisse.....	184
Kapitel 5 – Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle, Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union	185
§ 17 Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle	185
§ 18 Verfahren der Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder.....	186
§ 19 Zuständigkeiten.....	186
Kapitel 6 – Rechtsbehelfe.....	187
§ 20 Gerichtlicher Rechtsschutz.....	187
§ 21 Antrag der Aufsichtsbehörde auf gerichtliche Entscheidung bei angenommener Rechtswidrigkeit eines Beschlusses der Europäischen Kommission	187
Teil 2 – Durchführungsbestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 2 der Verordnung (EU) 2016/679	188
Kapitel 1 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten.....	188
Abschnitt 1 – Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten und Verarbeitung zu anderen Zwecken.....	188
§ 22 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten.....	188
§ 23 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch öffentliche Stellen.....	189
§ 24 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch nichtöffentliche Stellen.....	190
§ 25 Datenübermittlungen durch öffentliche Stellen	190
Abschnitt 2 – Besondere Verarbeitungssituationen.....	191
§ 26 Datenverarbeitung für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses	191
§ 27 Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken	192
§ 28 Datenverarbeitung zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken	193

§ 29	Rechte der betroffenen Person und aufsichtsbehördliche Befugnisse im Fall von Geheimhaltungspflichten	193
§ 30	Verbraucherkredite	194
§ 31	Schutz des Wirtschaftsverkehrs bei Scoring und Bonitätsauskünften	194
Kapitel 2 – Rechte der betroffenen Person		195
§ 32	Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person	195
§ 33	Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden	196
§ 34	Auskunftsrecht der betroffenen Person	197
§ 35	Recht auf Löschung	197
§ 36	Widerspruchsrecht	198
§ 37	Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling	198
Kapitel 3 – Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter		198
§ 38	Datenschutzbeauftragte nichtöffentlicher Stellen	198
§ 39	Akkreditierung	199
Kapitel 4 – Aufsichtsbehörde für die Datenverarbeitung durch nichtöffentliche Stellen		199
§ 40	Aufsichtsbehörden der Länder	199
Kapitel 5 – Sanktionen		200
§ 41	Anwendung der Vorschriften über das Bußgeld- und Strafverfahren	200
§ 42	Strafvorschriften	200
§ 43	Bußgeldvorschriften	201
Kapitel 6 – Rechtsbehelfe		201
§ 44	Klagen gegen den Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter	201
Teil 3 – Bestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 1 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2016/680		201
Kapitel 1 – Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen und allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten		201
§ 45	Anwendungsbereich	201
§ 46	Begriffsbestimmungen	202
§ 47	Allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	204
Kapitel 2 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten		204
§ 48	Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	204
§ 49	Verarbeitung zu anderen Zwecken	204
§ 50	Verarbeitung zu archivarischen, wissenschaftlichen und statistischen Zwecken	205
§ 51	Einwilligung	205
§ 52	Verarbeitung auf Weisung des Verantwortlichen	205
§ 53	Datengeheimnis	205
§ 54	Automatisierte Einzelentscheidung	205
Kapitel 3 – Rechte der betroffenen Person		206
§ 55	Allgemeine Informationen zu Datenverarbeitungen	206
§ 56	Benachrichtigung betroffener Personen	206
§ 57	Auskunftsrecht	206
§ 58	Rechte auf Berichtigung und Löschung sowie Einschränkung der Verarbeitung	208
§ 59	Verfahren für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person	209
§ 60	Anrufung der oder des Bundesbeauftragten	209
§ 61	Rechtsschutz gegen Entscheidungen der oder des Bundesbeauftragten oder bei deren oder dessen Untätigkeit	209
Kapitel 4 – Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter		210
§ 62	Auftragsverarbeitung	210
§ 63	Gemeinsam Verantwortliche	211

Inhalt

§ 64	Anforderungen an die Sicherheit der Datenverarbeitung	211
§ 65	Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die oder den Bundesbeauftragten	212
§ 66	Benachrichtigung betroffener Personen bei Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten	213
§ 67	Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung	214
§ 68	Zusammenarbeit mit der oder dem Bundesbeauftragten	214
§ 69	Anhörung der oder des Bundesbeauftragten	214
§ 70	Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	215
§ 71	Datenschutz durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen	216
§ 72	Unterscheidung zwischen verschiedenen Kategorien betroffener Personen	216
§ 73	Unterscheidung zwischen Tatsachen und persönlichen Einschätzungen	217
§ 74	Verfahren bei Übermittlungen	217
§ 75	Berichtigung und Löschung personenbezogener Daten sowie Einschränkung der Verarbeitung	217
§ 76	Protokollierung	217
§ 77	Vertrauliche Meldung von Verstößen	218
Kapitel 5	– Datenübermittlungen an Drittstaaten und an internationale Organisationen	218
§ 78	Allgemeine Voraussetzungen	218
§ 79	Datenübermittlung bei geeigneten Garantien	219
§ 80	Datenübermittlung ohne geeignete Garantien	219
§ 81	Sonstige Datenübermittlung an Empfänger in Drittstaaten	220
Kapitel 6	– Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden	220
§ 82	Gegenseitige Amtshilfe	220
Kapitel 7	– Haftung und Sanktionen	221
§ 83	Schadensersatz und Entschädigung	221
§ 84	Strafvorschriften	221
Teil 4	– Besondere Bestimmungen für Verarbeitungen im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten	221
§ 85	Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten	221
§ 86	Verarbeitung personenbezogener Daten für Zwecke staatlicher Auszeichnungen und Ehrungen	222

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG

Abschnitt 1	– Elterngeld	224
§ 1	Berechtigte	224
§ 2	Höhe des Elterngeldes	225
§ 2a	Geschwisterbonus und Mehrlingszuschlag	226
§ 2b	Bemessungszeitraum	227
§ 2c	Einkommen aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit	228
§ 2d	Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit	228
§ 2e	Abzüge für Steuern	229
§ 2f	Abzüge für Sozialabgaben	230
§ 3	Anrechnung von anderen Einnahmen	230
§ 4	Bezugsdauer, Anspruchsumfang	231
§ 4a	Berechnung von Basiselterngeld und Elterngeld Plus	233
§ 4b	Partnerschaftsbonus	233
§ 4c	Alleiniger Bezug durch einen Elternteil	233
§ 4d	Weitere Berechtigte	234
Abschnitt 2	– Verfahren und Organisation	234
§ 5	Zusammentreffen von Ansprüchen	234
§ 6	Auszahlung	234
§ 7	Antragstellung	234
§ 8	Auskunftspflicht, Nebenbestimmungen	235

§ 9	Einkommens- und Arbeitszeitnachweis, Auskunftspflicht des Arbeitgebers	235
§ 10	Verhältnis zu anderen Sozialleistungen	236
§ 11	Unterhaltungspflichten	236
§ 12	Zuständigkeit; Bewirtschaftung der Mittel	237
§ 13	Rechtsweg	237
§ 14	Bußgeldvorschriften	237
Abschnitt 3 – Elternzeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		
§ 15	Anspruch auf Elternzeit	237
§ 16	Inanspruchnahme der Elternzeit	239
§ 17	Urlaub	240
§ 18	Kündigungsschutz	240
§ 19	Kündigung zum Ende der Elternzeit	241
§ 20	Zur Berufsbildung Beschäftigte, in Heimarbeit Beschäftigte	241
§ 21	Befristete Arbeitsverträge	241
Abschnitt 4 – Statistik und Schlussvorschriften		
§ 22	Bundesstatistik	242
§ 23	Auskunftspflicht; Datenübermittlung an das Statistische Bundesamt	243
§ 24	Übermittlung von Tabellen mit statistischen Ergebnissen durch das Statistische Bundesamt	243
§ 24a	Übermittlung von Einzelangaben durch das Statistische Bundesamt	243
§ 24b	Elektronische Unterstützung bei der Antragstellung	244
§ 25	Datenübermittlung durch Landesämter	244
§ 26	Anwendung der Bücher des Sozialgesetzbuches	244
§ 27	Sonderregelung aus Anlass der COVID-19-Pandemie	244
§ 28	Übergangsvorschrift	245

Bundesurlaubsgesetz – BUrlG

§ 1	Urlaubsanspruch	248
§ 2	Geltungsbereich	248
§ 3	Dauer des Urlaubs	248
§ 4	Wartezeit	248
§ 5	Teilurlaub	248
§ 6	Ausschluß von Doppelansprüchen	248
§ 7	Zeitpunkt, Übertragbarkeit und Abgeltung des Urlaubs	248
§ 8	Erwerbstätigkeit während des Urlaubs	249
§ 9	Erkrankung während des Urlaubs	249
§ 10	Maßnahmen der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation	249
§ 11	Urlaubsentgelt	249
§ 12	Urlaub im Bereich der Heimarbeit	249
§ 13	Unabdingbarkeit	250
§ 14	Berlin-Klausel	250
§ 15	Änderung und Aufhebung von Gesetzen	251
§ 15a	Übergangsvorschrift	251
§ 16	Inkrafttreten	251

Entgeltfortzahlungsgesetz – EntgFG

§ 1	Anwendungsbereich	254
§ 2	Entgeltzahlung an Feiertagen	254
§ 3	Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	254
§ 3a	Anspruch auf Entgeltfortzahlung bei Spende von Organen, Geweben oder Blut zur Separation von Blutstammzellen oder anderen Blutbestandteilen	254
§ 4	Höhe des fortzuzahlenden Arbeitsentgelts	255
§ 4a	Kürzung von Sondervergütungen	255
§ 5	Anzeige- und Nachweispflichten	256

Inhalt

§ 6	Forderungsübergang bei Dritthaftung	256
§ 7	Leistungsverweigerungsrecht des Arbeitgebers	257
§ 8	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	257
§ 9	Maßnahmen der medizinischen Vorsorge und Rehabilitation	257
§ 10	Wirtschaftliche Sicherung für den Krankheitsfall im Bereich der Heimarbeit	257
§ 11	Feiertagsbezahlung der in Heimarbeit Beschäftigten	258
§ 12	Unabdingbarkeit	259
§ 13	Übergangsvorschrift	259

Familienpflegezeitgesetz – FPfZG

§ 1	Ziel des Gesetzes	262
§ 2	Familienpflegezeit	262
§ 2a	Inanspruchnahme der Familienpflegezeit	262
§ 2b	Erneute Familienpflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie	263
§ 3	Förderung der pflegebedingten Freistellung von der Arbeitsleistung	264
§ 4	Mitwirkungspflicht des Arbeitgebers	264
§ 5	Ende der Förderfähigkeit	265
§ 6	Rückzahlung des Darlehens	265
§ 7	Härtefallregelung	265
§ 8	Antrag auf Förderung	266
§ 9	Darlehensbescheid und Zahlweise	266
§ 10	Antrag und Nachweis in weiteren Fällen	267
§ 11	Allgemeine Verwaltungsvorschriften	267
§ 12	Bußgeldvorschriften	267
§ 13	Aufbringung der Mittel	268
§ 14	Beirat	268
§ 15	Übergangsvorschrift	268
§ 16	(aufgehoben)	268

Gefahrstoffverordnung (Auszug) – GefStoffV

Abschnitt 1 – Zielsetzung, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	270	
§ 1	Zielsetzung und Anwendungsbereich	270
§ 2	Begriffsbestimmungen	270
Abschnitt 2 – Gefahrstoffinformation	273	
§ 3	Gefahrenklassen	273
§ 4	Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung	274
§ 5	Sicherheitsdatenblatt und sonstige Informationspflichten	275
Abschnitt 3 – Gefährdungsbeurteilung und Grundpflichten	275	
§ 6	Informationsermittlung und Gefährdungsbeurteilung	275
§ 7	Grundpflichten	279
Abschnitt 4 – Schutzmaßnahmen	280	
§ 8	Allgemeine Schutzmaßnahmen	280
§ 9	Zusätzliche Schutzmaßnahmen	282
§ 10	Besondere Schutzmaßnahmen bei Tätigkeiten mit krebserzeugenden, keimzellmutagenen und reproduktionstoxischen Gefahrstoffen der Kategorie 1A und 1B	283
§ 11	Besondere Schutzmaßnahmen gegen physikalisch-chemische Einwirkungen, insbesondere gegen Brand- und Explosionsgefährdungen	284
§ 12	(weggefallen)	284
§ 13	Betriebsstörungen, Unfälle und Notfälle	284
§ 14	Unterrichtung und Unterweisung der Beschäftigten	285
§ 15	Zusammenarbeit verschiedener Firmen	287

Abschnitt 4a – Anforderungen an die Verwendung von Biozid-Produkten einschließlich der Begasung sowie an Begasungen mit Pflanzenschutzmitteln		287
§ 15a	Verwendungsbeschränkungen	287
§ 15b	Allgemeine Anforderungen an die Verwendung von Biozid-Produkten	288
§ 15c	Besondere Anforderungen an die Verwendung bestimmter Biozid-Produkte	288
§ 15d	Besondere Anforderungen bei Begasungen	289
§ 15e	Ergänzende Dokumentationspflichten	290
§ 15f	Anforderungen an den Umgang mit Transporteinheiten	290
§ 15g	Besondere Anforderungen an Begasungen auf Schiffen	291
§ 15h	Ausnahmen von Abschnitt 4a	291
Abschnitt 5 – Verbote und Beschränkungen		292
§ 16	Herstellungs- und Verwendungsbeschränkungen	292
§ 17	Nationale Ausnahmen von Beschränkungsregelungen nach der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006	292
Abschnitt 6 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Gefahrstoffe		292
§ 18	Unterrichtung der Behörde	292
§ 19	Behördliche Ausnahmen, Anordnungen und Befugnisse	293
§ 19a	Anerkennung ausländischer Qualifikationen	294
§ 20	Ausschuss für Gefahrstoffe	294
Abschnitt 7 – Ordnungswidrigkeiten, Straftaten und Übergangsvorschriften		295
§ 21	Chemikaliengesetz – Anzeigen	295
§ 22	Chemikaliengesetz – Tätigkeiten	295
§ 23	(weggefallen)	297
§ 24	Chemikaliengesetz – Herstellungs- und Verwendungsbeschränkungen	297
§ 25	Übergangsvorschrift	398

Geschäftsgeheimnischutzgesetz – GeschGehG

Abschnitt 1 – Allgemeines		300
§ 1	Anwendungsbereich	300
§ 2	Begriffsbestimmungen	300
§ 3	Erlaubte Handlungen	300
§ 4	Handlungsverbote	301
§ 5	Ausnahmen	301
Abschnitt 2 – Ansprüche bei Rechtsverletzungen		301
§ 6	Beseitigung und Unterlassung	301
§ 7	Vernichtung; Herausgabe; Rückruf; Entfernung und Rücknahme vom Markt	302
§ 8	Auskunft über rechtsverletzende Produkte; Schadensersatz bei Verletzung der Auskunftspflicht	302
§ 9	Anspruchsausschluss bei Unverhältnismäßigkeit	302
§ 10	Haftung des Rechtsverletzers	302
§ 11	Abfindung in Geld	303
§ 12	Haftung des Inhabers eines Unternehmens	303
§ 13	Herausgabeanspruch nach Eintritt der Verjährung	303
§ 14	Missbrauchsverbot	303
Abschnitt 3 – Verfahren in Geschäftsgeheimnisstreitsachen		303
§ 15	Sachliche und örtliche Zuständigkeit; Verordnungsermächtigung	303
§ 16	Geheimhaltung	304
§ 17	Ordnungsmittel	304
§ 18	Geheimhaltung nach Abschluss des Verfahrens	304
§ 19	Weitere gerichtliche Beschränkungen	304
§ 20	Verfahren bei Maßnahmen nach den §§ 16 bis 19	305
§ 21	Bekanntmachung des Urteils	305
§ 22	Streitwertbegünstigung	306

Inhalt

Abschnitt 4 – Strafvorschriften	306
§ 23 Verletzung von Geschäftsgeheimnissen	306

Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchG

Abschnitt 1 – Allgemeine Vorschriften	310
§ 1 Zielsetzung und persönlicher Anwendungsbereich	310
§ 2 Sachlicher Anwendungsbereich	310
§ 3 Begriffsbestimmungen	312
§ 4 Verhältnis zu sonstigen Bestimmungen	313
§ 5 Vorrang von Sicherheitsinteressen sowie Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten	314
§ 6 Verhältnis zu sonstigen Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten	315
Abschnitt 2 – Meldungen	316
Unterabschnitt 1 – Grundsätze	316
§ 7 Wahlrecht zwischen interner und externer Meldung	316
§ 8 Vertraulichkeitsgebot	316
§ 9 Ausnahmen vom Vertraulichkeitsgebot.....	317
§ 10 Verarbeitung personenbezogener Daten	318
§ 11 Dokumentation der Meldungen	318
Unterabschnitt 2 – Interne Meldungen	319
§ 12 Pflicht zur Einrichtung interner Meldestellen	319
§ 13 Aufgaben der internen Meldestellen	319
§ 14 Organisationsformen interner Meldestellen	320
§ 15 Unabhängige Tätigkeit; notwendige Fachkunde.....	320
§ 16 Meldekanäle für interne Meldestellen	320
§ 17 Verfahren bei internen Meldungen.....	321
§ 18 Folgemaßnahmen der internen Meldestelle.....	321
Unterabschnitt 3 – Externe Meldestellen.....	321
§ 19 Errichtung und Zuständigkeit einer externen Meldestelle des Bundes	321
§ 20 Errichtung und Zuständigkeit externer Meldestellen der Länder	322
§ 21 Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht als externe Meldestelle	322
§ 22 Bundeskartellamt als externe Meldestelle	322
§ 23 Weitere externe Meldestellen	322
§ 24 Aufgaben der externen Meldestellen	322
§ 25 Unabhängige Tätigkeit; Schulung	323
§ 26 Berichtspflichten der externen Meldestellen	323
Unterabschnitt 4 – Externe Meldungen.....	323
§ 27 Meldekanäle für externe Meldestellen.....	323
§ 28 Verfahren bei externen Meldungen	324
§ 29 Folgemaßnahmen der externen Meldestellen.....	324
§ 30 Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Stellen.....	325
§ 31 Abschluss des Verfahrens	325
Abschnitt 3 – Offenlegung.....	326
§ 32 Offenlegen von Informationen	326
Abschnitt 4 – Schutzmaßnahmen	326
§ 33 Voraussetzungen für den Schutz hinweisgebender Personen	326
§ 34 Weitere geschützte Personen	326
§ 35 Ausschluss der Verantwortlichkeit.....	327
§ 36 Verbot von Repressalien; Beweislastumkehr.....	327
§ 37 Schadensersatz nach Repressalien	327
§ 38 Schadensersatz nach einer Falschmeldung	327
§ 39 Verbot abweichender Vereinbarungen	328

Abschnitt 5 – Sanktionen	328
§ 40 Bußgeldvorschriften	328
Abschnitt 6 – Schlussvorschriften	328
§ 41 Verordnungsermächtigung	328
§ 42 Übergangsregelung	328

Kinderarbeitsschutzverordnung – KindArbSchV

§ 1 Beschäftigungsverbot	330
§ 2 Zulässige Beschäftigungen	330
§ 3 Behördliche Befugnisse	330
§ 4 Inkrafttreten	330

Kündigungsschutzgesetz – KSchG

Erster Abschnitt – Allgemeiner Kündigungsschutz	332
§ 1 Sozial ungerechtfertigte Kündigungen	333
§ 1a Abfindungsanspruch bei betriebsbedingter Kündigung	333
§ 2 Änderungskündigung	333
§ 3 Kündigungseinspruch	333
§ 4 Anrufung des Arbeitsgerichts	333
§ 5 Zulassung verspäteter Klagen	334
§ 6 Verlängerte Anrufungsfrist	334
§ 7 Wirksamwerden der Kündigung	334
§ 8 Wiederherstellung der früheren Arbeitsbedingungen	334
§ 9 Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Urteil des Gerichts, Abfindung des Arbeitnehmers	334
§ 10 Höhe der Abfindung	335
§ 11 Anrechnung auf entgangenen Zwischenverdienst	335
§ 12 Neues Arbeitsverhältnis des Arbeitnehmers, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	335
§ 13 Außerordentliche, sittenwidrige und sonstige Kündigungen	335
§ 14 Angestellte in leitender Stellung	336
Zweiter Abschnitt – Kündigungsschutz im Rahmen der Betriebsverfassung und Personalvertretung	336
§ 15 Unzulässigkeit der Kündigung	336
§ 16 Neues Arbeitsverhältnis, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	337
Dritter Abschnitt – Anzeigepflichtige Entlassungen	338
§ 17 Anzeigepflicht	338
§ 18 Entlassungssperre	339
§ 19 Zulässigkeit von Kurzarbeit	339
§ 20 Entscheidungen der Agentur für Arbeit	339
§ 21 Entscheidungen der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit	340
§ 22 Ausnahmebetriebe	340
Vierter Abschnitt – Schlußbestimmungen	340
§ 23 Geltungsbereich	340
§ 24 Anwendung des Gesetzes auf Betriebe der Schifffahrt und des Luftverkehrs	340
§ 25 Kündigung in Arbeitskämpfen	341
§ 25a Berlin-Klausel	341
§ 26 Inkrafttreten	341

Mindestlohngesetz – MiLoG

Abschnitt 1 – Festsetzung des allgemeinen Mindestlohns	344
Unterabschnitt 1 – Inhalt des Mindestlohns	344
§ 1 Mindestlohn	344

Inhalt

§ 2	Fälligkeit des Mindestlohns.....	344
§ 3	Unabdingbarkeit des Mindestlohns.....	344
Unterabschnitt 2 – Mindestlohnkommission.....		344
§ 4	Aufgabe und Zusammensetzung.....	344
§ 5	Stimmberechtigte Mitglieder.....	345
§ 6	Vorsitz.....	345
§ 7	Beratende Mitglieder.....	345
§ 8	Rechtsstellung der Mitglieder.....	345
§ 9	Beschluss der Mindestlohnkommission.....	346
§ 10	Verfahren der Mindestlohnkommission.....	346
§ 11	Rechtsverordnung.....	347
§ 12	Geschäfts- und Informationsstelle für den Mindestlohn; Kostenträgerschaft.....	347
Abschnitt 2 – Zivilrechtliche Durchsetzung.....		347
§ 13	Haftung des Auftraggebers.....	347
Abschnitt 3 – Kontrolle und Durchsetzung durch staatliche Behörden.....		347
§ 14	Zuständigkeit.....	347
§ 15	Befugnisse der Behörden der Zollverwaltung und anderer Behörden; Mitwirkungspflichten des Arbeitgebers.....	347
§ 16	Meldepflicht.....	347
§ 17	Erstellen und Bereithalten von Dokumenten.....	349
§ 18	Zusammenarbeit der in- und ausländischen Behörden.....	349
§ 19	Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge.....	350
§ 20	Pflichten des Arbeitgebers zur Zahlung des Mindestlohns.....	350
§ 21	Bußgeldvorschriften.....	350
Abschnitt 4 – Schlussvorschriften.....		351
§ 22	Persönlicher Anwendungsbereich.....	351
§ 23	Evaluation.....	352
§ 24	Übergangsregelung.....	352

Nachweisgesetz – NachwG

§ 1	Anwendungsbereich.....	354
§ 2	Nachweispflicht.....	354
§ 3	Änderung der Angaben.....	356
§ 4	Bußgeldvorschriften.....	356
§ 5	Übergangsvorschrift.....	356
§ 6	Unabdingbarkeit.....	356

Pflegezeitgesetz – PflegeZG

§ 1	Ziel des Gesetzes.....	358
§ 2	Kurzzeitige Arbeitsverhinderung.....	358
§ 3	Pflegezeit und sonstige Freistellungen.....	358
§ 4	Dauer der Inanspruchnahme.....	359
§ 4a	Erneute Pflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	360
§ 5	Kündigungsschutz.....	360
§ 6	Befristete Verträge.....	360
§ 7	Begriffsbestimmungen.....	361
§ 8	Unabdingbarkeit.....	361
§ 9	(aufgehoben).....	361

Siebtens Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung (Auszug) – SGB VII

Erstes Kapitel – Aufgaben, versicherter Personenkreis, Versicherungsfall	364
Erster Abschnitt – Aufgaben der Unfallversicherung.....	364
§ 1 Prävention, Rehabilitation, Entschädigung.....	364
Zweiter Abschnitt – Versicherter Personenkreis.....	364
§ 2 Versicherung kraft Gesetzes	364
§ 3 Versicherung kraft Satzung	365
§ 4 Versicherungsfreiheit.....	368
§ 6 Freiwillige Versicherung.....	369
Dritter Abschnitt – Versicherungsfall	369
§ 7 Begriff.....	369
§ 8 Arbeitsunfall	369
§ 9 Berufskrankheit.....	370
§ 11 Mittelbare Folgen eines Versicherungsfalls	373
§ 12 Versicherungsfall einer Leibesfrucht.....	373
§ 12a Gesundheitsschaden im Zusammenhang mit der Spende von Blut oder körpereigenen Organen, Organteilen oder Gewebe.....	373
§ 13 Sachschäden bei Hilfeleistungen	373
Zweites Kapitel – Prävention.....	374
§ 14 Grundsatz	374
§ 15 Unfallverhütungsvorschriften	374
§ 16 Geltung bei Zuständigkeit anderer Unfallversicherungsträger und für ausländische Unternehmen	376
§ 17 Überwachung und Beratung.....	376
§ 18 Aufsichtspersonen	376
§ 19 Befugnisse der Aufsichtspersonen	376
§ 20 Zusammenarbeit mit Dritten	377
§ 21 Verantwortung des Unternehmers, Mitwirkung der Versicherten	379
§ 22 Sicherheitsbeauftragte	379
§ 23 Aus- und Fortbildung.....	379
§ 24 Überbetrieblicher arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Dienst	380
Drittes Kapitel – Leistungen nach Eintritt eines Versicherungsfalls	380
Erster Abschnitt – Heilbehandlung, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen, Pflege, Geldleistungen.....	380
Erster Unterabschnitt – Anspruch und Leistungsarten	380
§ 26 Grundsatz	380
Zweiter Unterabschnitt – Heilbehandlung.....	381
§ 27 Umfang der Heilbehandlung	381
§ 28 Ärztliche und zahnärztliche Behandlung	381
§ 29 Arznei- und Verbandmittel.....	382
§ 30 Heilmittel.....	382
§ 31 Hilfsmittel.....	382
§ 32 Häusliche Krankenpflege	382
§ 33 Behandlung in Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen	383
§ 34 Durchführung der Heilbehandlung	383
Dritter Unterabschnitt – Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	384
§ 35 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	384
Vierter Unterabschnitt – Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen	384
§ 39 Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen	384
§ 40 Kraftfahrzeughilfe	384

Inhalt

§ 41	Wohnungshilfe.....	385
§ 42	Haushaltshilfe und Kinderbetreuungskosten	385
§ 43	Reisekosten.....	385
Fünfter Unterabschnitt – Leistungen bei Pflegebedürftigkeit.....		385
§ 44	Pflege.....	385
Sechster Unterabschnitt – Geldleistungen während der Heilbehandlung und der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben.....		386
§ 45	Voraussetzungen für das Verletztengeld.....	386
§ 46	Beginn und Ende des Verletztengeldes.....	387
§ 47	Höhe des Verletztengeldes.....	387
§ 47a	Beitragszahlung der Unfallversicherungsträger an berufsständische Versorgungseinrichtungen und private Krankenversicherungen	389
§ 48	Verletztengeld bei Wiedererkrankung	389
§ 49	Übergangsgeld	389
§ 50	Höhe und Berechnung des Übergangsgeldes.....	389
§ 52	Anrechnung von Einkommen auf Verletzten- und Übergangsgeld	389
Zweiter Abschnitt – Renten, Beihilfen, Abfindungen.....		389
Erster Unterabschnitt – Renten an Versicherte.....		389
§ 56	Voraussetzungen und Höhe des Rentenanspruchs	389
§ 57	Erhöhung der Rente bei Schwerverletzten.....	390
§ 58	Erhöhung der Rente bei Arbeitslosigkeit.....	390
§ 59	Höchstbetrag bei mehreren Renten	390
§ 60	Minderung bei Heimpflege	390
§ 62	Rente als vorläufige Entschädigung	391
Dritter Unterabschnitt – Beginn, Änderung und Ende von Renten.....		391
§ 72	Beginn von Renten.....	391
§ 73	Änderungen und Ende von Renten.....	391
§ 74	Ausnahmeregelungen für die Änderung von Renten	392
Vierter Unterabschnitt – Abfindung		392
§ 75	Abfindung mit einer Gesamtvergütung.....	392
§ 76	Abfindung bei Minderung der Erwerbsfähigkeit unter 40 vom Hundert.....	392
§ 77	Wiederaufleben der abgefundenen Rente	392
§ 78	Abfindung bei Minderung der Erwerbsfähigkeit ab 40 vom Hundert.....	392
§ 79	Umfang der Abfindung.....	393
§ 80	Abfindung bei Wiederheirat.....	393
Dritter Abschnitt – Jahresarbeitsverdienst.....		393
Erster Unterabschnitt – Allgemeines		393
§ 81	Jahresarbeitsverdienst als Berechnungsgrundlage	393
Zweiter Unterabschnitt – Erstmalige Festsetzung.....		394
§ 82	Regelberechnung	394
§ 83	Jahresarbeitsverdienst kraft Satzung.....	394
§ 84	Jahresarbeitsverdienst bei Berufskrankheiten	394
§ 85	Mindest- und Höchstjahresarbeitsverdienst	394
§ 87	Jahresarbeitsverdienst nach billigem Ermessen	395
§ 88	Erhöhung des Jahresarbeitsverdienstes für Hinterbliebene.....	395
§ 89	Berücksichtigung von Anpassungen.....	395
Dritter Unterabschnitt – Neufestsetzung		395
§ 90	Neufestsetzung nach Altersstufen.....	395
§ 91	Neufestsetzung nach Schul- oder Berufsausbildung	396

Vierter Abschnitt – Mehrleistungen	396
§ 94 Mehrleistungen	396
Fünfter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften für Leistungen.....	397
§ 95 Anpassung von Geldleistungen.....	397
§ 96 Fälligkeit, Auszahlung und Berechnungsgrundsätze.....	397
§ 97 Leistungen ins Ausland.....	398
§ 98 Anrechnung anderer Leistungen.....	398
§ 101 Ausschluß oder Minderung von Leistungen.....	399
§ 102 Schriftform.....	399
§ 103 Zwischennachricht, Unfalluntersuchung.....	399
Viertes Kapitel – Haftung von Unternehmern, Unternehmensangehörigen und anderen Personen	399
Erster Abschnitt – Beschränkung der Haftung gegenüber Versicherten, ihren Angehörigen und Hinterbliebenen	399
§ 104 Beschränkung der Haftung der Unternehmer.....	399
§ 105 Beschränkung der Haftung anderer im Betrieb tätiger Personen	400
§ 106 Beschränkung der Haftung anderer Personen	400
§ 108 Bindung der Gerichte.....	400
§ 109 Feststellungsberechtigung von in der Haftung beschränkten Personen	400
Zweiter Abschnitt – Haftung gegenüber den Sozialversicherungsträgern.....	401
§ 110 Haftung gegenüber den Sozialversicherungsträgern	401
§ 111 Haftung des Unternehmens	401
§ 112 Bindung der Gerichte.....	401
§ 113 Verjährung	401
Fünftes Kapitel – Organisation	402
Erster Abschnitt – Unfallversicherungsträger	402
§ 114 Unfallversicherungsträger	402
Vierter Unterabschnitt – Gemeinsame Vorschriften über die Zuständigkeit	402
§ 130 Örtliche Zuständigkeit.....	402
§ 131 Zuständigkeit für Hilfs- und Nebenunternehmen	403
§ 132 Zuständigkeit für Unfallversicherungsträger.....	403
§ 133 Zuständigkeit für Versicherte	403
§ 134 Zuständigkeit bei Berufskrankheiten	403
§ 135 Versicherung nach mehreren Vorschriften.....	404
§ 136 Bescheid über die Zuständigkeit, Begriff des Unternehmers	405
§ 137 Wirkung von Zuständigkeitsänderungen.....	406
§ 138 Unterrichtung der Versicherten	406
§ 139 Vorläufige Zuständigkeit.....	406
§ 139a Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland	406
Dritter Abschnitt – Weitere Versicherungseinrichtungen.....	407
§ 140 Haftpflicht- und Auslandsversicherung	407
§ 141 Träger der Versicherungseinrichtungen, Aufsicht.....	407
Sechstes Kapitel – Aufbringung der Mittel.....	407
Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften.....	407
Erster Unterabschnitt – Beitragspflicht	407
§ 150 Beitragspflichtige	407
§ 151 Beitragserhebung bei überbetrieblichen arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Diensten	408
Zweiter Abschnitt – Beziehungen der Unfallversicherungsträger zu Dritten	408
§ 191 Unterstützungspflicht der Unternehmer.....	408
§ 192 Mitteilungs- und Auskunftspflichten von Unternehmern und Bauherren	408

Inhalt

§ 193	Pflicht zur Anzeige eines Versicherungsfalls durch die Unternehmer.....	409
§ 195	Unterstützungs- und Mitteilungspflichten von Kammern und der für die Erteilung einer Gewerbe- oder Bauerlaubnis zuständigen Behörden.....	410
Achstes Kapitel – Datenschutz		411
Erster Abschnitt – Grundsätze		411
§ 199	Verarbeitung von Daten durch die Unfallversicherungsträger.....	411
§ 200	Einschränkung der Übermittlungsbefugnis.....	411
Zweiter Abschnitt – Datenverarbeitung durch Ärzte.....		411
§ 201	Erhebung, Speicherung und Übermittlung von Daten durch Ärzte und Psychotherapeuten.....	411
§ 202	Anzeigepflicht von Ärzten bei Berufskrankheiten.....	412
§ 203	Auskunftspflicht von Ärzten.....	412
Vierter Abschnitt – Sonstige Vorschriften.....		412
§ 206	Verarbeitung von Daten für die Forschung zur Bekämpfung von Berufskrankheiten	412
§ 207	Verarbeitung von Daten zur Verhütung von Versicherungsfällen und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren	413
Neuntes Kapitel – Bußgeldvorschriften		413
§ 209	Bußgeldvorschriften.....	413
§ 210	Zuständige Verwaltungsbehörde	414
§ 211	Zusammenarbeit bei der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	414
Zehntes Kapitel – Übergangsrecht		415
§ 219a	Altersrückstellungen.....	415

Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Auszug) – SGB IX

Teil 1 – Regelungen für Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Menschen.....		418
Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften		418
§ 2	Begriffsbestimmungen	418
Kapitel 10 – Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben		418
§ 49	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Verordnungsermächtigung	418
§ 50	Leistungen an Arbeitgeber	420
§ 51	Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation	421
§ 52	Rechtsstellung der Teilnehmenden	421
§ 53	Dauer von Leistungen.....	421
§ 54	Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit.....	422
§ 55	Unterstützte Beschäftigung.....	422
§ 56	Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen	423
§ 57	Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich.....	423
§ 58	Leistungen im Arbeitsbereich.....	424
§ 60	Andere Leistungsanbieter	425
§ 61	Budget für Arbeit	425
§ 61a	Budget für Ausbildung	426
§ 62	Wahlrecht des Menschen mit Behinderungen.....	426
§ 63	Zuständigkeit nach den Leistungsgesetzen.....	426
Kapitel 11 – Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen		427
§ 64	Ergänzende Leistungen	427
§ 65	Leistungen zum Lebensunterhalt	428
§ 66	Höhe und Berechnung des Übergangsgelds.....	429
§ 67	Berechnung des Regelentgelts	429
§ 68	Berechnungsgrundlage in Sonderfällen.....	430
§ 69	Kontinuität der Bemessungsgrundlage.....	430

§ 70	Anpassung der Entgeltersatzleistungen	431
§ 71	Weiterzahlung der Leistungen	431
§ 72	Einkommensanrechnung	432
Teil 2 – Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen (Eingliederungshilferecht)		432
Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften		432
§ 97	Fachkräfte.....	432
Kapitel 4 – Teilhabe am Arbeitsleben		433
§ 111	Leistungen zur Beschäftigung.....	433
Teil 3 – Besondere Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen (Schwerbehindertenrecht)		433
Kapitel 1 – Geschützter Personenkreis.....		433
§ 151	Geltungsbereich	433
Kapitel 2 – Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber		434
§ 154	Pflicht der Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen.....	434
§ 155	Beschäftigung besonderer Gruppen schwerbehinderter Menschen	434
§ 156	Begriff des Arbeitsplatzes.....	435
§ 157	Berechnung der Mindestzahl von Arbeitsplätzen und der Pflichtarbeitsplatzzahl.....	435
§ 158	Anrechnung Beschäftigter auf die Zahl der Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen.....	435
§ 159	Mehrfachanrechnung	436
§ 160	Ausgleichsabgabe	436
§ 161	Ausgleichsfonds	438
§ 162	Verordnungsermächtigungen.....	438
Kapitel 3 – Sonstige Pflichten der Arbeitgeber; Rechte der schwerbehinderten Menschen		439
§ 163	Zusammenwirken der Arbeitgeber mit der Bundesagentur für Arbeit und den Integrationsämtern	439
§ 164	Pflichten des Arbeitgebers und Rechte schwerbehinderter Menschen	440
§ 165	Besondere Pflichten der öffentlichen Arbeitgeber.....	441
§ 166	Inklusionsvereinbarung	441
§ 167	Prävention.....	442
Kapitel 4 – Kündigungsschutz		442
§ 168	Erfordernis der Zustimmung	442
§ 169	Kündigungsfrist	442
§ 170	Antragsverfahren.....	442
§ 171	Entscheidung des Integrationsamtes	442
§ 172	Einschränkungen der Ermessensentscheidung	443
§ 173	Ausnahmen	443
§ 174	Außerordentliche Kündigung	444
§ 175	Erweiterter Beendigungsschutz	444
Kapitel 5 – Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrat, Schwerbehindertenvertretung, Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers		445
§ 176	Aufgaben des Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrates	445
§ 178	Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung.....	445
§ 181	Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers	446
§ 182	Zusammenarbeit.....	446
Kapitel 6 – Durchführung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen.....		447
§ 185a	Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber	447
Kapitel 7 – Integrationsfachdienste		447
§ 192	Begriff und Personenkreis	447
§ 193	Aufgaben.....	448

Inhalt

Kapitel 8 – Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter und gleichgestellter behinderter Menschen	449
§ 199 Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen	449
§ 200 Entziehung der besonderen Hilfen für schwerbehinderte Menschen	449
Kapitel 10 – Sonstige Vorschriften	449
§ 205 Vorrang der schwerbehinderten Menschen	449
§ 206 Arbeitsentgelt und Dienstbezüge	449
§ 207 Mehrarbeit	450
§ 208 Zusatzurlaub	450
§ 209 Nachteilsausgleich	450
§ 210 Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in Heimarbeit	450
Kapitel 11 – Inklusionsbetriebe	451
§ 215 Begriff und Personenkreis	451
§ 216 Aufgaben	452
Kapitel 12 – Werkstätten für behinderte Menschen	452
§ 223 Anrechnung von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe	452
Kapitel 14 – Straf-, Bußgeld- und Schlussvorschriften	452
§ 237a Strafvorschriften	452
§ 237b Strafvorschriften	452
§ 238 Bußgeldvorschriften	453
§ 241 Übergangsregelung	453
Strafgesetzbuch (Auszug) – StGB	
Besonderer Teil	458
Siebenter Abschnitt – Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	458
§ 131 Gewaltdarstellung	458
Zehnter Abschnitt – Falsche Verdächtigung	458
§ 164 Falsche Verdächtigung	458
Dreizehnter Abschnitt – Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	458
§ 174 Sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen	458
§ 177 Sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung	459
§ 180 Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger	460
§ 182 Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen	461
§ 184i Sexuelle Belästigung	461
§ 184k Verletzung des Intimbereichs durch Bildaufnahmen	461
Vierzehnter Abschnitt – Beleidigung	462
§ 185 Beleidigung	462
§ 186 Üble Nachrede	462
§ 187 Verleumdung	462
Fünftehnter Abschnitt – Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs	462
§ 201 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	462
§ 201a Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs und von Persönlichkeitsrechten durch Bildaufnahmen	463
Siebzehnter Abschnitt – Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit	464
§ 223 Körperverletzung	464
§ 224 Gefährliche Körperverletzung	464
§ 225 Mißhandlung von Schutzbefohlenen	464

Achtzehnter Abschnitt – Straftaten gegen die persönliche Freiheit.....	464
§ 238 Nachstellung.....	464
§ 240 Nötigung.....	465
§ 241 Bedrohung.....	466

Teilzeit- und Befristungsgesetz – TzBfG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften Teilzeit- und Befristungsgesetz	468
§ 1 Zielsetzung	468
§ 2 Begriff des teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmers.....	468
§ 3 Begriff des befristet beschäftigten Arbeitnehmers.....	468
§ 4 Verbot der Diskriminierung.....	468
§ 5 Benachteiligungsverbot	469
Zweiter Abschnitt – Teilzeitarbeit.....	469
§ 6 Förderung von Teilzeitarbeit.....	469
§ 7 Ausschreibung; Erörterung; Information über freie Arbeitsplätze	469
§ 8 Zeitlich nicht begrenzte Verringerung der Arbeitszeit.....	469
§ 9 Verlängerung der Arbeitszeit	470
§ 9a Zeitlich begrenzte Verringerung der Arbeitszeit.....	470
§ 10 Aus- und Weiterbildung.....	471
§ 11 Kündigungsverbot.....	471
§ 12 Arbeit auf Abruf	472
§ 13 Arbeitsplatzteilung	472
Dritter Abschnitt – Befristete Arbeitsverträge	473
§ 14 Zulässigkeit der Befristung.....	473
§ 15 Ende des befristeten Arbeitsvertrages	474
§ 16 Folgen unwirksamer Befristung	474
§ 17 Anrufung des Arbeitsgerichts	474
§ 18 Information über unbefristete Arbeitsplätze	474
§ 19 Aus- und Weiterbildung.....	475
§ 20 Information der Arbeitnehmervertretung	475
§ 21 Auflösend bedingte Arbeitsverträge	475
Vierter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften.....	475
§ 22 Abweichende Vereinbarungen	475
§ 23 Besondere gesetzliche Regelungen.....	475

Verordnung über den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen – SonntVerkV

§ 1	478
§ 2 (aufgehoben)	478
§ 3	478

Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (Auszug) – ArbMedVV

§ 1 Ziel und Anwendungsbereich	480
§ 2 Begriffsbestimmungen	480
§ 3 Allgemeine Pflichten des Arbeitgebers.....	480
§ 4 Pflichtvorsorge.....	481
§ 5 Angebotsvorsorge	481
§ 5a Wunschvorsorge.....	481
§ 6 Pflichten des Arztes oder der Ärztin.....	482
§ 7 Anforderungen an den Arzt oder die Ärztin	482
§ 8 Maßnahmen nach der arbeitsmedizinischen Vorsorge	483
§ 9 Ausschuss für Arbeitsmedizin	483
§ 10 Ordnungswidrigkeiten und Straftaten	484



WISSEN,
DAS ANKOMMT.

Bestellmöglichkeiten



Das Aushang-Paket

Für weitere Produktinformationen oder beim Bestellvorgang hilft Ihnen unser Kundenservice gerne weiter:

Kundenservice

☎ **Telefon: 08233 / 381-123**

✉ **E-Mail: service@forum-verlag.com**

Oder nutzen Sie bequem die Informations- und Bestellmöglichkeiten zu diesem Produkt n unserem Online-Shop:

Internet

🌐 **<http://www.forum-verlag.com/details/index/id/8901>**

FORUM VERLAG HERKERT GMBH, Mandichostraße 18, 86504 Merching,
Tel.: (08233) 381 123, E-Mail: service@forum-verlag.com, Internet: www.forum-verlag.com